

Über die Schamlosigkeit der Redakteurszunft öffentlich-rechtlicher Sender

Dass die Schamlosigkeit der in öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten tätigen Redakteure selbst die von Straßenhuren um mehrere Längen übertrifft, dürfte jedermann erkannt haben, der ihre politische Berichterstattung und die von ihnen moderierten Diskussionssendungen verfolgt. Eine Grundtugend des guten Journalismus', nämlich sich keinesfalls mit einer Sache gemein zu machen, auch nicht mit einer vermeintlich guten, sondern vielmehr nach bestem Wissen und Gewissen neutral und objektiv über die Geschehnisse zu berichten, ist völlig verlorengegangen. Die Einseitigkeit der „Berichterstattung“, der totale Siegeszug eines von jedem Berufsethos befreiten Meinungsjournalismus', ist kaum noch zu ertragen. Die Parteinahme für Regierungs- und/oder Linkspolitiker nimmt mittlerweile Formen an, die sich von der in allerlei asiatischen oder lateinamerikanischen Despotien üblichen, kaum noch unterscheiden.

Selbstverständlich sind auch Redakteure Menschen aus Fleisch und Blut. Dass sie für die einen Sympathien und für die anderen Ablehnung empfinden, ist ihnen zuzugestehen und sei ihnen auch unbenommen. Aber ihre persönlichen Empfindungen ungebremst auszuleben, indem sie auf unfaire Art und Weise Doppelstandards festlegen, nach denen den die einen (sagen) dürfen, was den anderen verboten ist; indem sie den von ihnen präferierten Protagonisten in Interviews und als Debattenmoderatoren als streichelweiche Kumpels entgentreten, während sie alle anderen in der Art und Weise behandeln, die an Stasi-Verhöre erinnert, ist untragbar - zumindest dann, wenn ihre Gehälter aus Zwangsgebühren finanziert werden.

Sowohl in Deutschland als auch in Österreich, verstehen sich die Damen und Herren Rundfunkschaffenden offensichtlich entweder als Parteisprecher (in Österreich existiert seit Jahrzehnten eine virtuelle Drehtür zwischen der Parteizentrale der SPÖ und der ORF-Zentrale am Wiener Königberg) oder als Erziehungsbeauftragte, die eine bereits im Kindergarten begonnene und in staatlichen Schulen und Universitäten weitergetriebene Gehirnwäsche, zu komplettieren trachten.

Kaum eine Polidiskussionssendung, in der die Moderatoren nicht unentwegt ihnen unliebsamen Teilnehmern ins Wort fallen, oder sich anstatt als neutraler Makler zurückzuhalten, ganz offen auf Seiten ihrer Lieblinge ins Geschehen eingreifen, indem sie sich selbst als Debattenredner gerieren. Vervollständigt wird das an Schauprozesse erinnernde Setting, durch ein handverlesenes Studiopublikum, das exakt an den richtigen Stellen applaudiert oder auch seinen Unmut bekundet. Wer sich in den zurückliegende Wochen einschlägige Formate im ZDF, ORF oder ARD zu Gemüte geführt hat, weiß wie das geht und wie geradezu gespenstisch perfekt es funktioniert. Tritt einmal doch eine Panne ein, und ein „rechter“ Politiker erhält unerwartet Applaus, wird das von der Moderatorin (diesfalls Anne Will) prompt mit dem Hinweis quittiert, die Klatscher wären ja wohl Begleiter der mit Beifall bedachten Dame. Unglaublich.

Um jedem Unfall vorzubeugen und den gewünschten „Erfolg“ hundertprozentig sicherzustellen, wird auch noch dafür gesorgt, dass Teilnehmer, von denen unliebsame Äußerungen zu erwarten sind, sich stets gegenüber der politisch korrekten Medienlieblingen zuverlässig in der Minderzahl befinden. Fairness nach linker Lesart eben.

Allerdings sind nicht ausschließlich die Sympathien der durch die Bank (selbst nach ihrer eigenen Einschätzung) linken Redakteure maßgeblich. Natürlich sind es auch handfeste wirtschaftliche Interessen, die ihren Stil prägen. Wer von öffentlichen Mitteln lebt, tut, was dem Politbüro gefällt. Schließlich will man ja weiterhin an den von der herrschenden Klasse wohlgefüllten Futtertrögen fressen. Unangenehme Fragen an diejenigen zu richten, oder unbotmäßiges Verhalten gegenüber denjenigen zu zeigen, die

über die Gelder gebieten, die bislang so großzügig fließen, wäre doch hochgradig ungeschickt. Wes´ Brot ich ess´, des´ Lied ich sing´!

Wer aber jetzt meint, er könnte die rotgrünen Meinungsbildner, gegen deren Methoden sich die im Dritten Reich geübte Meinungsgleichschaltung als geradezu subtil erweist, durch kritische Fragen aus der Reserve locken, irrt. Wer das gegenüber dem österreichischen Rotfunk, der, wie der deutsche, von Zwangsgebühren lebt, versucht, bekommt zur bereits erlittenen Zumutung, auch noch eine kräftige Portion Hohn serviert.

So geschehen, als kürzlich eine von der frechen Art des Umgangs einer ORF-Megäre mit einem bürgerlichen Politiker genervte Seherin, eine kritische E-Mail an dessen Generaldirektion sandte. Die Antwort der Kundendienstabteilung lautete, nach einer inhaltsleeren Einleitung:

„Des Weiteren teilen wir Ihnen mit, dass Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von existenzieller Bedeutung sind. Dem wird im Bundesverfassungsgesetz über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks und im ORF-Gesetz ebenso Rechnung getragen wie mit dem ORF-Redakteursstatut und den ORF-Programmrichtlinien. Darüber hinaus stellt der Verhaltenskodex für journalistische Tätigkeiten, der für sämtliche ORF-Journalistinnen und -Journalisten gilt, auf Basis des ORF-Gesetzes Qualität, Authentizität und Glaubwürdigkeit der ORF-Berichterstattung sicher.“ (Hervorhebungen von mir)

Ein Verhaltenskodex, der von Figuren erstellt wird, die dem rotgrünen Meinungsmonopol in gleicher Weise verpflichtet sind, wie die kritisierten Redakteure, wacht also über die von diesen gelieferte „Qualität und Glaubwürdigkeit“. Na dann Prost, Mahlzeit.

Die Tatsache, dass die öffentlich-Rechtlichen laufend an Reichweite verlieren und mehrheitlich ohnehin nur noch von Rentnern konsumiert werden, ist, angesichts dessen, dass auch nichtlinke Zeitgenossen, für den von diesen produzierten geistigen Sondermüll aufzukommen genötigt sind, ein schwacher Trost.

In Österreich besteht immerhin eine, wenn auch minimale, Chance darauf, dass nach der Wahl im Herbst der Wind sich drehen, oder wenigstens ein bisschen abflauen wird. Niemand ist schließlich so rückgratlos und feige wie die Nachrichtenzunft im ORF. Wer sich noch an den nach der Angelobung der schwarzblauen Koalitionsregierung anno 2000, binnen weniger Tage vollzogenen Klimawandel erinnern kann, weiß, was gemeint ist. Plötzlich gab es kritische Fragen an Linkspolitiker und einen einigermaßen zivilisierten Umgang mit den Bürgerlichen. Geht also!

Die Deutschen werden – wieder einmal – deutlich weniger Glück haben. Auch mit einer AfD mit 10%+, werden die degoutanten Merkel-Festspiele wohl dauerhaft auf dem Spielplan bleiben.

a.toegel@atomed.at